



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Berufsorientierung stärken: Betriebspraktikum an allen weiterführenden Schularten fest etablieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Berufsorientierung an allen weiterführenden Schularten zu stärken, indem ein mindestens einwöchiges verpflichtendes Betriebspraktikum in die Lehrpläne aller Schularten unter Berücksichtigung der schulartspezifischen Anforderungen integriert wird.

Darüber hinaus sollte die Berufsorientierung auch durch folgende Maßnahmen an allen Schularten gestärkt werden:

- Einführung einer verpflichtenden Betriebserkundung in der Mittelstufe;
- Stärkung freiwilliger Praktika durch Förderung von Kooperationen der Schule mit Einrichtungen und Unternehmen und Schaffung von Anerkennungsmöglichkeiten.

Insbesondere bei der Umsetzung der Praktika ist zudem darauf zu achten, dass diese im Rahmen eines pädagogischen Gesamtkonzepts zur Berufsorientierung in den jeweiligen Jahrgangsstufen systematisch vorbereitet, begleitet, durchgeführt und nachbereitet werden und auch entsprechende Anerkennung durch eine gesonderte Ausweisung der Leistung im Jahreszeugnis finden können.

Begründung:

Zum Bildungsauftrag aller bayerischen Schulen gehört es, jungen Menschen eine konkrete Vorstellung bezüglich der Anforderungen, welche die zunehmend komplexer werdende Berufswelt an sie stellen wird, an die Hand zu geben und sie damit zu befähigen,

eigene Entscheidungen in Hinblick auf den Übergang ins Berufsleben oder Studium reflektiert und selbstverantwortlich zu treffen. Die beste Grundlage bildet hierfür eine umfassende und realitätsnahe Berufsorientierung in der Schule, zu der auch betriebliche Praktika gehören. Denn nur wer einen möglichst breiten Überblick über Perspektiven der späteren Berufswahl erhält und seine Stärken und Schwächen in der betrieblichen Realität kennenlernt, wird auch den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt erfolgreich meistern können.

Ohne Zweifel bietet das bayerische Bildungssystem auch aktuell viele Angebote der Berufsorientierung, diese finden jedoch an den Schulen überwiegend im Rahmen des Fachunterrichts statt und bieten daher nur begrenzt Raum für praktische Erfahrungen. Zudem wird immer wieder darauf verwiesen, dass bereits jetzt viele weiterführende Schularten auf freiwilliger Basis und in eigenverantwortlicher Organisation einwöchige Praktika anbieten. Eine solche Praxis führt jedoch auch dazu, dass es stark von der jeweiligen Schule abhängt, ob Schülerinnen und Schüler Praktika absolvieren. Allein schon um sicherzugehen, dass die berufsorientierenden Angebote an allen Schulen in Bayern gleichwertig sind, jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit zum Sammeln praktischer Erfahrungen erhält und damit hinsichtlich der Berufsorientierung an Bayerns Schulen Bildungsgerechtigkeit herrscht, sollte ein einwöchiges betriebliches Praktikum an allen weiterführenden Schularten eingerichtet werden.

Nach Ansicht der Fraktion FREIE WÄHLER würde eine Verpflichtung die Entscheidungsspielräume der Schulen vor Ort nicht einengen, sondern vielmehr dazu führen, dass die Schulen bei der Umsetzung des betrieblichen Praktikums vonseiten des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst durch die Schaffung der hierfür notwendigen Rahmenbedingungen noch besser als bisher unterstützt werden könnten.

Auch die Integration eines von allen Seiten gewünschten pädagogischen Gesamtkonzepts für das Betriebspraktikum, das heißt die systematische Vorbereitung, Begleitung, Durchführung und Nachbereitung, die derzeit von den Schulen in Eigeninitiative geleistet werden muss, ließe sich so viel leichter bewerkstelligen. Denn durch eine Verpflichtung könnte auch die hierfür notwendige Lernzeit fest in die jeweilige Schulstruktur integriert werden, ohne dass eine zeitliche und räumliche Einschränkung erfolgen müsste. Dasselbe gilt im Übrigen für die im Antrag geforderte verpflichtende

Betriebserkundung in der Mittelstufe, die an Gymnasien beispielsweise auch mit dem Basismodul zur Berufsorientierung gekoppelt werden könnte, welches für das neue neunjährige Gymnasium in der 9. Jahrgangsstufe angekündigt wurde.

Neben der Einführung eines mindestens einwöchigen Pflichtpraktikums sowie einer Betriebserkundung an allen weiterführenden Schularten sollte sich die Staatsregierung auch darum bemühen, möglichst optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, um Schü-

lerinnen und Schülern den Zugang zu freiwilligen Praktika zu erleichtern. Hierzu sollten insbesondere staatliche Unterstützungsmöglichkeiten zum Ausbau von Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen bzw. Einrichtungen erarbeitet werden und schulische Anerkennungsmöglichkeiten auch für die Absolvierung freiwilliger, außerhalb des Unterrichts liegender Praktika geschaffen werden, die sich beispielsweise an den Beiblättern zum Jahreszeugnis für soziales Engagement orientieren könnten.